Gemeinde Mainhausen, Montag, 25. Februar 2013

Kommunale Finanzierung der psychosozialen Versorgung: Kreiskommunen tragen 0,65 € je Einwohner

Bereits im Jahr 2008 hat sich die Gemeindevertretung mit der kommunalen Finanzierung der psychosozialen Versorgung befasst und einen diesbezüglichen Beschluss gefasst. Mit diesem Beschluss verpflichtete sich die Gemeinde Mainhausen zu einer finanziellen Beteiligung für 5 Jahre. „Diese 5 Jahre sind um und es steht die Aktualisierung der Verpflichtungserklärung an“, erklärt Bürgermeisterin Ruth Disser bei Einbringung der erforderlichen Beschlussvorlage, „an den Beiträgen ändert sich nichts und die Vereinbarung soll bis zum 31.12.2015 gültig sein.“

Es geht dabei grundsätzlich um die kommunale Finanzierung leicht zugänglicher Leistungen der psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen im Niederschwelligen Bereich. Der Kreis Offenbach und die Kreiskommunen arbeiten als Leistungsträger seit vielen Jahren mit den Lebensräume und dem Diakonischen Werk, als Leistungserbringer, bei der Betreuung und Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern mit psychischer Erkrankung und seelischer Behinderung zusammen. Die gemeindenahe Versorgung wird durch drei psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sichergestellt. Für den Ostkreis, also für uns, sind die Lebensräume tätig. In Seligenstadt finden wir eine diesbezügliche Beratungsstelle und eine Tagesstätte. Dort wird eine hervorragende Arbeit geleistet und die angebotene Hilfe wird von vielen Mainhäusern in Anspruch genommen.

„Der Begriff „viel“ ist hierbei wahrscheinlich eher relativ, sicher ist aber, dass immer mehr Menschen diese Kontakt- und Beratungsstellen aufsuchen und dass der Bedarf an psychosozialer Unterstützung immer höher wird. Erschreckenderweise “, stellt die Verwaltungschefin fest und betont, dass gerade aus diesem Grund das gemeindenahe Angebot aufrechterhalten bleiben muss.

Dabei richtet sie auch einen Appell an die örtliche Politik offensiv mit dem Krankheitsbild umzugehen. „Ich weiß, dass die Hemmschwelle gerade in diesem Bereich noch sehr hoch ist, man spricht nicht über diese Form der Erkrankung. Leider und vielleicht gerade deswegen treten die Probleme vermehrt auf.“

Der Punkt wurde zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss verwiesen, wobei die UWG-Fraktion bereits ihre Ablehnung angekündigt hat.